

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig für amliche und anderwärtsige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Zeile 30 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Abrechnung nach dem tatsächlichen und Angebotspreis 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen im

Freitag
28
Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Vertreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingebracht sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmten Stellen wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 33 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
H. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der 14. Sitzung standen Verfassungsgesetz und Reichswehrgesetz.

Die Reichswehervorlage mußte auf Widerspruch der Unabhängigen und eines Teiles der Deutschnationalen wegen zu später Einbringung von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Abg. Haase (U. S.) erhob Widerspruch gegen die Verfassungsberatung, da der Entwurf erst Sonntag zur Verteilung gelangt sei und ihm eine schriftliche Begründung fehle.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen entschied die Mehrheit, die Begründung des Verfassungsentwurfs durch den Innenminister Dr. Preuß entgegenzunehmen.

Innenminister Dr. Preuß gelangte hierauf zu folgenden Ausführungen: Als ich die vorläufige Verfassung vorlegte, war ich keineswegs sicher, Ihnen schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit den endgültigen Verfassungsentwurf auf einstimmigen Beschluß der Reichsregierung vorlegen zu können. Der Entscheidungsschritt um die Verfassung beginnt erst jetzt. Die Nationalversammlung wird endgültig zu entscheiden haben.

Reichsregierung und Gliedstaaten sind in allen Haupt- sachen zu einer Verständigung gekommen, wobei nur drei Punkte strittig geblieben sind. Es war nicht anders möglich, als daß der eine oder der andere die Plätze hat zurück- rücken müssen. Freilich, ich verkenne nicht, der organi- satorische Grundgedanke konnte nicht in klarer Eindringlich- keit, reiflos durchgeführt werden. Aber die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie ist reiflos und in gerader Linie in dem Entwurf enthalten. Aus- nahmsrechte der Einzelstaaten, Reservatrechte, die noch im Entwurf enthalten sind, sind ohne Ausnahme Erbschaften der früheren Verfassung des Kaiserreiches.

Das deutsche Volk steht zum ersten Male in der Geschichte vor der Aufgabe, den Grundgesetz zu verewlichen: Die Staatsgewalt liegt beim Volk. Der Ausgangspunkt ist die Selbstregierung des deutschen Volkes in seiner Gesamt- heit. Schon daraus ergibt sich die Unmöglichkeit, dem neuen Staatswesen den Namen Vereinigte Staaten von Deutschland zu geben, was im Grunde genommen einen parlamentarischen Rückschritt bedeuten würde. Das Wort Reich ist beibehalten, weil Traditionen von Jahrhunderten die ganze Sehnsucht des zersplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einheit an dem Namen Reich hängen, und wir würden tief wurzelnde Gefühle ohne Grund und Zweck verletzen, wenn wir von diesem Wort abgehen wollten. Trotz dieses Namens ist das neue Reich ein Freistaat, eine Republik. Wenn die Verfassung vorschlägt, dem neuen Reich die neuen Farben schwarz-rot-gold zu geben, so be- greife ich, daß es für viele eine schwere und schmerzliche Ent- scheidung wird, die Farben, die jahrzehntelang ruhmreich ge- weht haben, zerschneiden zu sehen.

Schwarz-rot-gold.

Berlin, 22. Febr. Im Artikel 1 des Entwurfs der end- gültigen Reichsverfassung werden als Reichsfarben Schwarz- rot-gold bezeichnet.

Auf der Tagesordnung der
15. Sitzung der Nationalversammlung
steht zunächst die Interpellation Arnstadt und Genossen betr.
den Eingriff verschiedener deutscher Bundesstaaten in die
Freiheit der Religionsübung.

Der Ministerpräsident Scheidemann erklärt sich bereit,
die Interpellation zu einem möglichst nahegelegenen Termin
zu beantworten.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung des Initiativ-
antrags über die Errichtung einer vorläufigen Reichswehr
ein.

Zur Begründung des Initiativantrages erhält das Wort
der Abg. Schöppin (Soz.). Er führte aus: Die Reichswehr
soll keine Grundlage für unsere spätere bewaffnete Macht
sein, sondern ein Notbehelf von begrenzter Zeitdauer. Wei-
ter verlangt er Beobachtung einer scharfen Disziplin von
seiten der Freiwilligen und Aenderungen der jetzigen Verhält-
nisse in den Kasernen, die geradezu zu Schweinehöfen ge-
macht worden seien.

Auch der demokratische Abg. Soehr wie der Abg. Baerle
(Deutschn. Vp.) treten mit Nachdruck für den genannten An-

trag ein, welchem sich nur der Abg. Henke aus dem Lager
der Unabhängigen in einer öfters durch Lachen und Zwischen-
rufe unterbrochenen Rede entgegenstellt.

Reichsminister Noske führt u. a. aus: Der Antrag der
Parteien trägt nur den geringsten Bedürfnissen des Reiches
Rechnung. Es ist gewiß für eine Regierung, die sich zur
Hälfte aus Sozialdemokraten zusammensetzt, unangenehm,
daß eine ihrer ersten Aufgaben die Wiederaufrichtung einer
Heeresmacht ist, sowie die Notwendigkeit, Gewalt anzuwen-
den. Aber das ist unbedingt geboten. Diese Verhältnisse
in den Bundesstaaten sind sehr unklar. Weithin ist das Be-
streben erkennbar, eine Lockerung der früheren Beziehungen
auf dem Gebiete des Heereswesens eintreten zu lassen. Ich
hoffe, daß die Vorlage dazu beitragen wird, daß wieder
eine straffe Einheitlichkeit für das ganze Reich geschaffen
wird. Zurzeit herrscht auf dem militärischen Gebiet das
Chaos. Es wäre ein verheerender Leichtsinn, wenn die
Regierung nicht nach Möglichkeit auf einen Schutz der Pro-
vinzen Bedacht nähme. Die Reichswehr wird nicht ein
Drittel der alten Friedensstärke des Heeres betragen. Was
die Führer angeht, so will ich noch betonen, daß selbstver-
ständlich die militärischen Führer nicht der Spielball der
Rampfschafften sein dürfen. Es ist auch ausgeschlossen, daß
den Soldaten irgendetwas politische Macht verliehen
werden wird, sonst bestände die Gefahr, daß wir eine Prä-
torianergarde bekämen. Der Soldat der Zukunft soll in frei-
williger Unterordnung Gehorsam leisten. Die Regierung
versichert, daß sie nach Kräften bemüht sein wird, eine Truppe
zu schaffen, die die Sicherheit an unseren Grenzen und
Ruhe und Ordnung im Innern verbürgt.

Abg. Ahmann (Deutsche Vp.) hält neben der Frei-
willigenanwerbung auch das Mittel der Aushebung für un-
erlässlich.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Der Antrag der
Mehrheit wird angenommen unter einer Einfügung, wonach
die Offizierslaufbahn bewährten Unteroffizieren und Mann-
schaften offen stehen soll.

Die Nationalversammlung verlegt sich auf Donnerstag.

Es ist beabsichtigt, um die Beratungen zu beschleunigen,
am Donnerstag und Freitag Doppelsitzungen abhalten zu
lassen, deren erste um 10 Uhr morgens beginnt. Von 1
bis 3 Uhr soll eine Pause eintreten. Man hofft auf diese
Weise erreichen zu können, daß die Sitzungen der National-
versammlung sich nicht über das Ende dieser Woche hinaus
ausdehnen.

Die Lage in Bayern.

Berlin, 23. Febr. Nachrichten der „Freiheit“ aus Mün-
chen zufolge hat die Kommission zur Wiederherstellung der
Einheit unter den sozialdemokratischen Parteien und der
Beurteilung des politischen Nordes einstimmig beschlossen,
daß die Parteien sich zu einer Gemeinschaft zusammen-
schließen auf Grund folgenden Programms: Die Arbeiter-,
Soldaten- und Bauernräte werden durch die Verfassung
anerkannt und verankert. Ihre Mitglieder genießen Immu-
nität. Dem Ministerrat werden je ein Abgeordneter der
ASR mit beratender Stimme beigegeben. Unter Bei-
behaltung der im Amt verbliebenen Minister soll ein so-
zialistisches Ministerium gebildet werden, dem das Land-
wirtschaftsministerium aus den Kreisen des Bauernbundes
angegliedert wird. Dieses Ministerium wird bis zur Ver-
abschiedung der Verfassung durch die Volksvertretung die
Regierungsgeschäfte ausüben. Der Landtag wird „sobald
es die Verhältnisse gestatten“, wieder einberufen. Das jetzt
noch stehende Militär wird unverzüglich entlassen und an
dessen Stelle die republikanische Schutzwehr aus Mitgliedern
der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und frei-
organisierten Landarbeiter gebildet. Die Pressefreiheit wird
grundsätzlich wieder hergestellt, hat jedoch bis zur Rückkehr
geordneter Zustände alles zu unterlassen, was geeignet ist,
die Einheit des Volkes zu stören und den Bürgerkrieg zu
fördern.

Der Zentralrat hat die Einberufung des Rätekongresses
beschlossen. In einer Sitzung des ASR wurde einstimmig
ein Antrag angenommen auf Verkleinerung der Räte-Republik
Bayern. Ein außerordentlicher Ausschuss soll eingesetzt wer-
den zur Bekämpfung der Gegenrevolution, ebenso ein revo-
lutionäres Gericht, welches nur aus Mitgliedern des ASR
bestehen darf.

Der Terror der Gewehre.

Aus München, 24. Februar, wird gemeldet: Zur Sicher-
ung der Revolution wurden zehn Geiseln aus der hohen
Kriegsstraße Bayern festgenommen, an ihrer Spitze der
frühere Ministerpräsident Dandl. — Die Beerdigung Eis-
ners findet am Mittwoch 10 Uhr statt. An diesem Tage
wird die Arbeit wieder ruhen. Eisners Witwe wurde vom
Zentralrat eine jährliche Pension von 10 000 M. ausgesetzt.
— Das Erscheinen der gesamten bürgerlichen Presse in
München ist auf weitere zehn Tage verboten. Die Blätter
werden von den einzelnen Räten für ihre Zwecke gebraucht
werden. (1) Alle nicht sozialdemokratischen auswärtigen
Zeitungen, besonders die Berliner, werden in München nicht
zugelassen. Der Post ist verboten worden, sie zu beför-
dern. (1)

München ist ruhig. Der Zentralrat führt vorläufig die
Geschäfte. Am Dienstag tritt der Rätekongress zusammen,
der nach den schon feststehenden Vorschlägen des Zentral-
rates das neue rein sozialistische Ministerium einzusetzen be-
stimmt ist. Der Generallandtag ist beendet.

Der Attentäter, der im Landtagsgebäude die Schüsse
abgab, durch die Hier, Gareis und Oser getroffen wurden,
heißt Peters. Er ist festgenommen. Neuerdings wird be-
stritten, daß der Attentäter, der Kurt Eisner tötete, ein Graf
Arco gewesen sei.

Der Belagerungszustand in Baden wieder aufgehoben.

Die badische Regierung hat den Belagerungszustand, mit
Ausnahme von der Stadt Mannheim, wieder aufgehoben,
da der Sonntag überall ruhig verlief und es nur in Mann-
heim zu Ausschreitungen kam.

Mannheim, 24. Febr. Im Laufe der Unruhen wurden
auch die Zeitungen besetzt. Um das Gebäude der „Volks-
stimme“, die den Mehrheitssozialisten gehört, kam es zu
Zusammenstößen. Auch das Postgebäude und der Hauptbahnhof
waren besetzt worden, wurden aber später wieder freige-
geben. Bei den Ausschreitungen sind nach den bisherigen
Mitteilungen einige Personen getötet oder verletzt worden.

Mannheim, 25. Febr. Kommerzienrat Karl Reuther
wurde heute auf dem Weg von seiner Fabrik nach seiner
Wohnung von einem Unbekannten erschossen.

In Freiburg wurde zum Generallandtag aufgefordert als
Protest gegen die politischen Vorgänge in München.

Die Unruhen in Hanau.

Hanau, 24. Febr. Bei Hausdurchsuchungen wurde in Hanau
und den Nachbarorten eine Menge Waffen und Munition
gefunden, die vielfach zu Dum-Dum-Geschossen umgearbeitet
war. Bisher wurden 60 Verhaftungen vorgenommen.

Die Unruhen im Ruhrrevier.

Neue Gewalttaten der Spartakisten in Düsseldorf

Nach Schluß der Wahlen zur Stadtverordneten-Versam-
lung haben am Sonntag Abend Trupps von Bewaffneten
fast alle Wahllokale gestürmt, die Wahlurnen und die Wahl-
listen auf die Straße gebracht und die Wahlzettel und son-
stigen Urkunden verbrannt. In nicht wenigen Wahllokalen
und in den Straßen vor den Wahllokalen kam es zu lebhaften
Schießereien. Es gab dabei auch Schwerkverletzte. Kurz
vor Schluß der Wahlzeit brachten die Spartakisten auch wie-
der starke Befehlungen in das Fernsprech- und das Tele-
graphenamt um schnelle Verbindungen zu verhindern. Nur
in vereinzelten Wahlbezirken konnten die Wahlzettel in
Sicherheit gebracht werden. Von den 111 Wahlbezirken
wird es nur in sieben oder acht möglich sein, das Wahl-
ergebnis festzustellen.

Bottrop gesichert.

Bottrop, 22. Febr. Heute vormittag ist das westfälische
Freiwilligenkorps Lichtschlag hier eingezogen. Die Stadt
ist vollständig in der Hand der Regierungstruppen und mili-
tärisch gegen Sterkerade und Oberhausen, die Hauptstütze der
Spartakisten, gesichert. Zu Zusammenstößen mit den Re-
gierungstruppen ist es bis jetzt nicht gekommen. Die aus-
wärtigen Spartakisten waren größtenteils bereits am Vor-
mittag und in der vergangenen Nacht abgezogen. Bis heute
nachmittag 5 Uhr sind von der Bürgerwehr sämtliche Waffen
abgegeben.

Verhaftungen in Sterkrade.

Am Montag früh 5 Uhr rückte eine Offizierspatrouille mit 12 Mann Regierungstruppen und zwei Maschinengewehren in Sterkrade ein. Sie erschien im Rathaus und nahm die Führer der spartakistischen Bewegung (50 Mann darunter den Anführer Thiel) fest. Die Wachmannschaft hatte Mühe, die erditterte Arbeiterschaft, die sich auf die Spartakisten stürzen wollte, zurückzuhalten.

Der neue A.-S.-R.

Mülheim, 23. Febr. Die Soldatenwehr, die sich weigerte, gegen die Regierungstruppen zu kämpfen, setzte den bisherigen Soldatenrat ab und wählte heute morgen einen neuen Soldatenrat. Dieser und die Wehr haben sich auf den Standpunkt der Reichsregierung gestellt und heute abend nach Münster und Weimar Abordnungen geschickt, um dort Verhandlungen zu pflegen. Sie sind entschlossen, Ruhe und Ordnung zu schaffen und die Entwaffnung der Spartakisten sowie der Matrosen herbeizuführen, die nach dem Zusammenbruch der Spartakistenaktion die Gewalt an sich zu reißen versuchten. Die Ablieferung der Waffen hat begonnen. Wie es heißt, sind einzelne Mitglieder des früheren A.S.R. geflüchtet.

Die Wirkung des Terrors.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet, die vor Beginn der Auslandsbewegung 2400 000 Tonnen täglich betragen hatte, ist während des Streiks bis zum 19. auf unter 130 000 Tonnen gesunken und dürfte am letzten Samstag kaum noch 100 000 Tonnen erreicht haben.

Ein neuer Generalstreik.

Um die Regierung zur Anerkennung der jetzigen Betriebsräte zu zwingen, brach im mitteldeutschen Bergbau der Generalstreik aus. Sämtliche Kohlen- und Kalkschächte liegen still. Im Laufe des Montag Nachmittags und Dienstag früh folgten alle Fabriken sowie die Betriebsstätten der Eisenbahn und der Gemeinden, das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk von Halle a. S.

Spartakus in Sachsen.

Blauen, 25. Febr. Nach einer Arbeiterversammlung setzten bewaffnete Matrosen und Zivilisten nach Entwaffnung der militärischen Sicherheitswache sich in den Besitz der öffentlichen Gebäude. Die bürgerlichen Zeitungen sind vorläufig am Erscheinen verhindert.

Zeitz, 25. Febr. Hier ruht die Arbeit infolge des Generalstreiks völlig.

Dresden, 25. Febr. Hier laufen Gerüchte um von der bevorstehenden Proklamierung der Räte-Regierung in Sachsen. Sie sind aber mit Vorsicht aufzunehmen. In Pirna ist der Generalstreik erklärt worden.

Die Friedenskonferenz.

Haag, 24. Febr. Der Berichterstatter des „New York Herald“ fragte den französischen Minister des Auswärtigen Pichon über das Ende der Friedenskonferenz. Pichon erwiderte, die jüngsten Nachrichten aus Deutschland lassen keinen Zweifel bestehen, daß dort ein Bürgerkrieg bevorsteht und das es deshalb dringend notwendig ist, den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Wird das nicht, wie Wilson hofft, schon Mitte Mai geschehen können, so dürfte es aber doch nicht viel später sein. Die Kommission für Entschädigungen nähert sich der Einigung. Die Bedingungen sind nunmehr fast zur Veröffentlichung reif. Die Kommission hat sich mit drei Punkten beschäftigt, nämlich, was Deutschland zahlen kann, was jeder der Alliierten zu fordern hat und wie man den zu erhaltenden Betrag unter sie verteilt.

Paris, 21. Febr. Die heute der Friedenskonferenz unterbreiteten dänischen Ansprüche werden wahrscheinlich zu einer Volksabstimmung in Schleswig führen. Es verlautet, daß dann Nord- und ein Teil von Mittelschleswig dänisch wird und die neue Grenze an der Bucht von Flensburg beginnt. Die Dänen werden auch den Nordteil von Sölz verlangen.

Englische Friedensfeier.

London, 24. Febr. Gestern wurden in einer Friedenskonferenz-Sitzung der Mitglieder des Unterhauses die Vorschläge für eine Feier der Unterzeichnung des Friedens durch Freudenfeuer in ganz England gutgeheißen.

Der Waffenstillstand.

Adn, 25. Febr. Die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen sind voraussichtlich nicht vor nächster Woche zu erwarten, da ihre Ausarbeitung noch nicht beendet ist. Lloyd George wird in Paris am Freitag erwartet.

Churchill über das linke Rheinufer.

London, 23. Febr. Einer Neutermeldung zufolge erklärte Churchill in einer Rede, es würden Maßnahmen getroffen, um es für Deutschland unmöglich zu machen, während dieser Generation einen Revanchekrieg zu führen. Um das Wiederaufleben des Krieges zu verhindern und um die Zahlung der Wiedergutmachung sicher zu stellen, sei es notwendig, eine Zeitlang am Rhein eine starke gutdisziplinierte Wehr zu halten. Diese Wehr könnte nicht auf der Grundlage des Freiwilligenwesens aufgestellt, sondern könnte nur durch die Dienstpflicht geschaffen und aufrecht erhalten werden. Es bestehe die Absicht, während des Jahres 1919 ungefähr 900 000 Mann unter den Waffen zu behalten.

Englische Offiziere über unsere Lage.

Nach einer Neutermeldung aus London enthält der amtliche Bericht, der im Austrage des Obersten Rates für die Verteilung von Vorräten und für die Hilfeleistung verfaßt wurde, Mitteilungen der englischen Offiziere, die zwischen dem 12. Januar und 12. Februar eine Untersuchung über

die Lage in Deutschland anstellten. In dieser Mitteilung wird erklärt, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der schnellen Demobilisierung und der plötzlichen Stilllegung der Kriegsindustrien sehr zugenommen habe. Außerdem habe auch in den anderen Industrien wegen der teuren Preise der Rohstoffe und Kohlen und wegen der Unlust der Unternehmer die Arbeit nicht mehr aufgenommen werden können. Die Unlust der Arbeiter, zu arbeiten, sei zum größten Teil der körperlichen und geistigen Schläffheit infolge der Unterernährung zuzuschreiben. Die Lebensmittelvorräte seien ganz unzureichend, und man erwarte, daß die nächste Ernte nur die Hälfte einer mittleren Ernte ergeben werde. Alle Offiziere hatten den Eindruck, daß es dringend nötig sei, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, sonst sei vor der nächsten Ernte Hungersnot oder Bolschewismus oder wahrscheinlich beides zu erwarten. Es sei vorläufig noch nicht möglich, zu sagen, innerhalb welcher Zeit Deutschland sich militärisch erholen würde, aber eine unmittelbare Gefahr bestehe nicht. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse natürlich sorgfältig kontrolliert werden, aber bei entsprechender Aufsicht bestehe kein Grund, sich wegen der gerechten Verteilung Sorge zu machen.

Die nächste Ernte.

Die „Adn. Jtg.“ schreibt unter vorstehender Überschrift: Die Aussichten der deutschen Landwirtschaft für die nächste Ernte sind leider denkbar ungünstig. Abgesehen von der Gefahr, die der Landwirtschaft durch den Mangel an Arbeitskräften droht, muß in erster Linie mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Der Rindviehbestand, der Hauptproduzent des natürlichen Düngers, ist, wenn man nicht nur die Zahl, sondern auch das lebende Gewicht berücksichtigt, wohl auf 40 v. H. zurückgegangen, von Schweinen sind nur noch 20 v. H. vorhanden. Die anfallende Menge von Stalldünger ist demgemäß nicht nur an Menge zurückgegangen, sondern in erheblichem Maße auch an Beschaffenheit, weil es Deutschland fast völlig an Kraftfutter fehlt, von dem es vor dem Kriege jährlich sechs Millionen Tonnen einimportiert hat, und das durch seinen Gehalt an Eiweiß die Voraussetzung für den Gehalt des Stalldüngers an Stickstoff und Phosphorsäure bildete. Aber nicht nur an Stickstoff, sondern auch an künstlichem Dünger herrscht der größte Mangel. Die deutsche Landwirtschaft hat in Form von Kunstdünger aller Arten in Friedenszeiten verbraucht: 210 000 Tonnen Stickstoff, 630 000 Tonnen Phosphorsäure, 557 000 Tonnen Kali. Für die kommende Ernte stehen im günstigsten Falle zur Verfügung: 80 000 Tonnen Stickstoff, 210 000 Tonnen Phosphorsäure, 520 000 Tonnen Kali. An Stickstoff könnten wir zwar mit Hilfe der im Kriege gebauten Fabriken mehr als das Doppelte des Bedarfs der deutschen Landwirtschaft herstellen, allein wegen Arbeiter- und Rohstoffmangels kann der Betrieb nur in sehr geringem Umfange aufrecht erhalten werden. Dem Arbeitermangel läßt sich vielleicht steuern, der Rohstoffmangel aber wird infolge der uns durch die Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Verkehrsbeschränkungen erst nach langer Zeit abgestellt werden können, so daß die erzeugten Stickstoffmengen für die nächste Ernte nicht mehr in Betracht kommen. Die nur ein Drittel des Friedensbedarfs betragende Phosphorbedeutung ist darauf zurückzuführen, daß neben der fehlenden Einfuhr von Uebersee mindestens 50 v. H. der Thomasmergelerdezeugung im inländischen Gebiet gelegen ist, und daß die Ausfuhr aus diesem Gebiet nicht zugelassen wird. Die Kalidüngung könnte, da wir annähernd über Mengen, die dem Friedensbedarf entsprechen, verfügen, wenn auch notdürftig, genügen. Sie wird aber durch den drückenden Mangel an Transportmaterial wenigstens zum größten Teil in Frage gestellt. Besonders schwere Gefahr droht durch den Mangel an Transportmitteln auch der Erzeugung unseres Hauptnahrungsmittels, der Kartoffel. Durch die schlechte Verkehrslage wird es nicht möglich sein, die Soßkartoffeln, bei denen es sich um außerordentlich große Mengen handelt, rechtzeitig vom Orte der Erzeugung zum Verbraucher zu bringen, so daß große, zum Kartoffelanbau bestimmte Flächen wegen Soßmangels nicht werden bestellt werden können. Bringen wir schließlich die durch die Abgabe der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte stark beeinträchtigte Bodenkultur in Anrechnung, so werden wir froh sein müssen, wenn wir für das Jahr 1919, bei einigemmaßen günstigen Witterungsverhältnissen, mit einer halben Ernte rechnen können, und auch bei der Ernte des Jahres 1920 und der folgenden Jahre werden sich die geschilderten Zustände noch auf schwerste bemerkbar machen. Der Mangel an künstlichem Dünger, an Transportmitteln und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten muß die deutsche Ernährungswirtschaft einer derartigen Katastrophe entgegensetzen, daß auch vermehrte Einfuhrmöglichkeiten an Nahrungsmitteln nicht mehr in Frage kommen, einen Ausgleich herbeizuführen. Nur eine schnelle Freigabe von künstlichem Dünger aus den inländischen Gebieten und eine erhebliche Milderung der Auslieferungsfrist für Transportmaterial und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte werden in Frage kommen, die Ernährungsschwierigkeiten für das kommende Jahr auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

Die in Berlin abgehaltene Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hat in einem Telegramm an die Deutsche Nationalversammlung und an die Reichsregierung auf die Gefahr hingewiesen, die für die deutsche Volksernährung, insbesondere die Versorgung der Arbeiterbevölkerung, dadurch entsteht, daß die inländische Erzeugung von Stickstoff-Düngemitteln infolge ungenügender Arbeitsleistung kurzzeitig fast ganz stockt. In dem Telegramm heißt es: „Der Mangel an Stickstoff bedroht die landwirtschaftliche Produktion derart, daß ein Rückgang der Bodenerträge um 50 Prozent und damit eine Hungersnot im nächsten Jahre unausbleiblich ist, falls nicht im Laufe der nächsten Wochen bis zur Frühjahrsbefruchtung hinreichende Stickstoff-

mengen zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Landwirtschaft muß für diesen Fall jede Verantwortung für die drohende Katastrophe ablehnen.“

Freigabe des Lebensmittelhandels in England.

Der englische Versorgungsminister ordnete die Freigabe des Handels mit allen Lebensmitteln, ausgenommen Fleisch und Butter an, weil die Zufuhren aus den Kolonien eine regelmäßige Versorgung Englands sichern.

Kleine Meldungen.

Paris, 25. Febr. Am Abend hatte der Ministerpräsident Clemenceau Besprechungen über die laufenden Angelegenheiten.

Boston, 24. Febr. Präsident Wilson ist heute hier gelandet.

Paris, 24. Febr. Auf Befehl des Generals Franchet d'Esperey soll General Liman von Sanders nebst 300 hohen türkischen Würdenträgern in Konstantinopel vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Lokalnachrichten.

* Die neuen Eisenbahnfahrpreise, die am 1. April in Kraft treten, sehen Zuschläge von 25, 30, 40 und 100 Prozent für 4., 3., 2. und 1. Wagenklasse vor. Um diese Sätze verteuert sich der Personenzugverkehr, während bei den gegenwärtig schon sehr hochgeschraubten Schnellzugpreisen der Aufschlag weniger scharf einsetzt und unter Umständen sogar eine Verbilligung gegen die jetzigen Sätze eintritt. Die Gesamtwirkung der neuen Zuschläge auf den Schnellzugverkehr kann dahin zusammengefaßt werden, daß die 3. Klasse eine Entlastung erfährt, der Verkehr der 2. Wagenklasse, soweit er sich teurer stellt, nur mäßig, derjenige der 1. Wagenklasse in erträglichem Maß belastet wird. Besonders zu bemerken ist, daß um den Nahverkehr aus den Schnellzügen fernzuhalten, für alle Entfernungen bis zu 75 Kilometern ein Mindestfahrpreis erhoben wird, dergestalt, daß unterschiedslos für alle Entfernungen bis zu 75 Kilometern der Schnellzugfahrpreis in der 3. Klasse 5 Mk., in der 2. Klasse 10 Mk., in der 1. Klasse 17 Mk. beträgt. Die Sätze für die Gepäckbeförderung erfahren infolge einer Ermäßigung, als der bisherige 100prozentige Zuschlag auf einen 50prozentigen Zuschlag herab gesetzt wird.

* Die Arbeitslosenunterstützung ist steuerpflichtig. Die den Erwerbslosen gewährte Unterstützung ist steuerpflichtiges Einkommen; sie gehört zu den Rechten auf periodische Hebungen, wie etwa die Rente, die die Witwe, der Pensionär oder der Staatsbeamte bezieht. Denn auch das Gehalt des Staatsbeamten ist ja nicht die Gegenleistung für seine meist viel höher zu bewertende Tätigkeit, sondern eine — jetzt besonders unzugängliche — Rente für die Bestreitung des notwendigen bzw. standesgemäßen Unterhalts. Als solche Rente für die Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts ist auch die Erwerbslosenunterstützung gedacht. Die steuerrechtliche Folge ist die, daß die Steuerpflichtigen, die kein anderweites Einkommen haben und daher Erwerbslosenunterstützung beziehen, die Erwerbslosenunterstützung zu versteuern, sie also in ihrer Steuererklärung anzugeben haben. Aus dem gleichen Grunde können auch die häufig wegen Verlustes der Stellung gestellten Anträge auf Ermäßigung des Steuerfahrs keinen Erfolg haben, da überdies der erforderliche Nachweis, daß sich das Jahreseinkommen um den fünften Teil vermindert habe, gegenüber der gewährten Erwerbslosenunterstützung nicht wird erbracht werden können. Schließlich wird der Fall nicht selten sein, daß der Erwerbslose infolge der Unterstützung ein höheres Einkommen bezieht als durch seine frühere Beschäftigung und nunmehr erstmalig zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert wird. Er kommt damit in eine Steuerstufe, die von zahlreichen Arbeitswilligen, kleinen Rentnern nicht erreicht wird. Dieses Ergebnis auf steuerrechtlichem Gebiet dürfte von neuem zeigen, welche ungefähre Verhältnisse die unangebrachte Gebefreudigkeit der provisorischen Regierung gezeitigt hat.

— Nachforschung nach dem Verbleib von Kriegsgefangenen. Noch immer gehen zahlreiche Anfragen über den Verbleib von Kriegs- und Zivilgefangenen beim Kriegsministerium, Abteilung Kriegsgefangenenchutz, ein. Derartige Anfragen sind, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, dem Zentralnachweiskureau, Berlin N.W., Dorotheenstraße 43, unmittelbar zu überweisen.

Kreistag und Kreisordnung.

In einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums ist der Erlass einer Verordnung über die Zusammenfassung der Kreistage und über einige weitere Änderungen der Kreisordnung beschlossen worden. Hauptinhalt der Verordnung ist der Fortfall des Wahlverbandes der größeren Grundbesitze und die Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen für die städtischen Stimmen im Kreistag. Die einzigen Wahlverbände sind die der städtischen und der Landgemeinden. Auf sie werden die Kreistagsabgeordneten nach dem Verhältnis der städtischen oder ländlichen Bevölkerung verteilt. In den Städten werden die Kreistagsabgeordneten durch die Stadtverordnetenversammlungen, in denjenigen Landgemeinden, auf die mindestens ein Kreistagsabgeordneter entfällt, durch die Gemeindevertretungen gewählt. In den kleineren Landgemeinden und in Gutsbezirken werden die Kreistagsabgeordneten durch die Einwohnerschaft nach Wahlbezirken gewählt. Sowohl bei den direkten als bei der indirekten Wahl findet das Verhältniswahlrecht statt. Die Kreistage sind bis zum 4. Mai ds. Js. neu zu wählen. Die neugewählten Kreistage wählen ihrerseits die Kreisauausschüsse und Kreismissionen neu, gleichfalls nach dem Verhältniswahlrecht.

Die Verordnung gilt hinsichtlich der Kreis- und Kreis-
auswahlwahlen nicht in Westpreußen, Posen, Oberschlesien
und Hohenzollern. Für die Ernennung der Landräte
verbleibt es zwar bei dem Vorschlagsrecht der Kreistage.
Indessen fallen die besonderen Qualifikationsvoraussetzungen
für das Amt des Landrats fort.

Die Gemeindevahlen im besetzten Gebiet.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt über die
Sitzung in Spa vom 22. Febr. u. a. mit: Die deutsche Re-
gierung ließ den Gegnern eine Note überreichen, in der Ein-
spruch dagegen erhoben wird, daß die Besatzungsbehörden
die Gemeindevahlen im besetzten Gebiet verbieten. General
Rudant erklärte hierzu, Marschall Foch habe bis auf weiteren
Befehl die Abhaltung der Wahlen verboten, da die alliierten
Besatzungsbehörden mit den jetzigen Gemeindeverwaltungen,
die über eine lange Erfahrung verfügen, gut auskommen
seien. Der Vertreter der deutschen Regierung ersuchte trotz-
dem, Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung der
Gemeindevahlen im besetzten Gebiet sicherstellten. Er bat
General Rudant, sich in diesem Sinne bei Marschall Foch
zu verwenden. General Rudant erwiderte, er glaube nicht
an eine baldige Aenderung der Entscheidung des Marschall
Foch. Es handle sich um Wahlen, die für die Verfassung
des Landes nicht von Belang seien.

Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, einer Meldung
aus Berlin, 15. Febr. zufolge, eine Verordnung über die
soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Für-
sorge vom 8. Februar 1919. Danach verordnet die
Reichsregierung mit Gesetzeskraft:

Die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und
die Hinterbliebenen wird unter Mitwirkung der Einzel-
staaten und Selbstverwaltungskörperschaften nach Maßgabe
dieser Verordnung vom Reiche übernommen. Die Mit-
arbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht einge-
schränkt werden. Bei dem Reichsarbeitsamt wird für
die Durchführung der bezeichneten Aufgabe ein Reichs-
ausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-
fürsorge errichtet. Er ist Körperschaft des öffentlichen
Rechts. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden
Abteilungen Kriegsbeschädigtenfürsorge und Kriegshinter-
bliebenenfürsorge.

Die Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge setzt sich zu-
sammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestellen,
einem Vertreter der Volksspende (Ludendorfspende) für
Kriegsbeschädigte und mindestens je einem Vertreter
solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten, die ihre
Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende
Mitgliederzahl haben.

Die Abteilung Kriegshinterbliebenenfürsorge setzt sich
zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorge-
stellen, einem Vertreter der Nationalstiftung für die Hinter-
bliebenen der im Krieg Gefallenen, deren Selbständigkeit
und Befugnis, über ihre Mittel frei zu verfügen, unbe-
rührt bleibt, und mindestens je einem Vertreter solcher
Vereinigungen der Hinterbliebenen, die ihre Wirksamkeit
auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitglie-
derzahl haben.

Der Reichsausschuß wählt den Vorsitzenden und den
stellvertretenden Vorsitzenden. Der Staatssekretär des
Reichsarbeitsamts oder ein von ihm beauftragter Unter-
staatssekretär des Reichsarbeitsamts sind berechtigt, in
den Sitzungen des Reichsausschusses den Vorsitz zu über-
nehmen, und die Mitglieder des Reichsausschusses sind
ehrenamtlich tätig. Sie erhalten vom Reich Tagegelde
und Ersatz der Reisekosten. Der Reichsausschuß hat fol-
gende Aufgaben: 1. Er stellt die Grundsätze für die
Durchführung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinter-
bliebenenfürsorge auf. Diese Beschlüsse bedürfen, um
bindende Kraft für die Hauptfürsorgestellen und Fürsorge-
stellen zu erlangen, einer Mehrheit von zwei Dritteln
der abgegebenen Stimmen und der Zustimmung des
Reichsarbeitsamts; 2. er erstattet dem Reichsarbeitsamts
Gutachten; 3. er entscheidet als Schiedsrichter bei den
Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen über die
Zuständigkeit und 4. er verwaltet und verwendet die ihm
für Fürsorge zur Verfügung gestellten Mittel.

Jeder Hauptfürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite.
Vorsitzender des Beirats ist der Leiter der Hauptfür-
sorgestelle oder sein Stellvertreter. Als Grundlage für
den Ausbau der Hauptfürsorgestellen soll dort, wo noch
organisatorische Verschiedenheiten vorhanden sind, die be-
stehende Hauptfürsorgeorganisation der Kriegsbeschädigten-
fürsorge unter tunlichster Berücksichtigung der für die Kriegs-
hinterbliebenenfürsorge bestehenden Einrichtungen dienen.
Desgleichen sind für den Ausbau der örtlichen Fürsorge-
stellen nach Möglichkeit die bisherigen Einrichtungen der
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu be-
nutzen.

Von nah und fern.

Frankfurt, 24. Febr. Heute morgen 4 Uhr bemerkten die
Hauptpolizeibeamten Dör und Wiesberg, daß zwei Männer,
welche die Kronprinzenstraße entlang gingen, vor ihnen
hohen. Die Beamten nahmen die Verfolgung auf. In der
Moselstraße wurde der eine Mann, der rötlichen Spitzbart
hatte, gefaßt; er machte sich aber frei und gab aus einer
Armeepistole mehrere Schüsse auf die Beamten ab, sodaß
Wiesberg schwer verletzt zusammenbrach. Nunmehr machte
Dör von seiner Waffe Gebrauch und erschloß den einen
Eindringler. Der andere Eindringler entkam. Als Komplize
des Erschossenen kommt der in einem Automatenrestaurant
festgenommene 17jährige Schaub aus Griesheim in Betracht.

Wiesbaden, 26. Febr. Angehalten wurde ein Fuhrmann
aus Geisenheim mit mehreren Zentnern Gerste, die er an-
geblich zu Lauscha zu verkaufen nach Wiesbaden schaffen wollte.
Die Gerste wurde ihm abgenommen; auch dürfte er wegen
Ausfuhr von Gerste ohne Erlaubnis eine Strafe zu ge-
wärtigen haben.

Erbenheim, 22. Febr. Preise, die sich hören lassen
können, wurden bei der gestrigen Holzversteigerung erzielt.
100 Wellen kosteten 70—80 Mark, für das Kloster Buchen-
scheitholz wurden sogar bis zu 233 Mark gelöst.

Biebrich, 24. Febr. Aus einem Keller an der Wies-
badener Straße wurden nachtsicherweise 150 Pfd. Schweine-
fleisch, darunter zwei Schinken sowie etwa 300 Pfund Kar-
toffeln gestohlen, indem die Diebe das Hofstor überstiegen
und es dann von innen öffneten.

Brandobersdorf, 23. Febr. Der kommissarische Verwal-
ter der Oberförsterei Brandobersdorf, bisherige Forstassessor
Herr, ist unter Befassung in seiner bisherigen Beschäftigung
zum Oberförster ernannt worden.

Arzuznach, 25. Febr. Im ganzen Kreise Arzuznach sind
in den letzten zehn Wochen über 1500 Stück Vieh verschwun-
den. Durch die Ohrmarkenabtragung wird diesem Treiben
jezt endlich ein Ende gemacht. Durch die Anbringung der
Ohrmarken entstehen keine Unkosten; diese werden vom Vieh-
handelsverband getragen.

Darmstadt, 24. Febr. Für über tausend Mark Goldstücke
hatten die beiden 20 Jahre alten Gardisten Ph. Gaudatz
und Ernst Kammer von hier, die zurzeit beim Regiment
Nr. 115 in Erbach stehen, in Kirchbrombach gestohlen. Sie
haben den Aufbewahrungsort des Geldes ausgelundschaftet
und es in der vorigen Woche der Besitzerin G. Rühst da-
selbst gestohlen. Durch die Darmstädter Kriminalpolizei wur-
den sie hier festgenommen, doch war schon der größte Teil
des Goldschatzes fort; man fand nur noch etwa 470 Mark
bei den Dieben.

Röln. Im Eisenbahndirektionsbezirk Röln fallen nach
einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Röln auf Anord-
nung der Interalliierten Unterkommission in Röln wegen
Mangels an Rohlen von Dienstag, den 25. Februar an,
etwa die Hälfte aller Personenzüge teilweise aus. Welche
Züge ausfallen werden, ist aus den Aushängen auf den
Bahnhöfen zu ersehen.

Röln. Wie das Wildern im Rönigsforst um sich gegriffen
hat, geht daraus hervor, daß allein ein Förster in den letzten
Tagen acht Personen beim Wildern ertappte. Wie verlautet,
sind seit Ausbruch der Revolution etwa 150 Hirsche von
Wildernern dort abgeschossen worden.

Hamburg. Auf der Werft von Blohm und Voß müssen
bis auf weiteres 8000—9000 Arbeiter wegen Kohlenmangels
feiern.

Wilhelmshaven. Freiwillige für Minenjuchboote gesucht!
Nachdem die Entente sich nimmehr mit der Verwendung
von mehr als 200 unserer Fahrzeuge zur Beseitigung der
Minen in der Nordsee einverstanden erklärt hat, erläßt das
Reichsmarineamt Aufrufe zum Eintritt als Freiwillige. Bei
freier Unterkunft und Verpflegung werden neben der Löh-
nung des Dienstgrades etwa 6000 Mark Zulagen jährlich
gewährt. Das Leben der Verheirateten ist mit 15 000, das
der Unverheirateten mit 7500 Mark versichert. Die Dauer
der Arbeit wird auf einhalb Jahre geschätzt; eine vier-
zehntägige Rindigungsfrist ist vorgesehen und alle 6 Monate
gibt es 14 Tage Urlaub. Schriftliche Meldungen sind zu
richten an den Befehlshaber der Sicherung der Nordsee in
Wilhelmshaven. Bevorzugt werden ehemalige Minenjuch-
bootsleute und U-Bootsleute, sowie Motorenkloster,
Elektriker, Maschinenbauer und ausgebildete Motorenheizer.

Emden, 25. Febr. Das Schützenkorps Röttern fand
heute 19 000 verstellte Gewehre auf und beschlagnahmte sie.
Freiburg (Baden). Hier starb Dr. Eduard Mertens,
der Erfinder des Rotations-Kupfer-Tiefdrucks.

Künstliche Zähne mit u. ohne Gaumenplatte
Garantie für guten Sitz.
Stiftzähne, Kronenplomben in Gold u. Silber.
Zahnziehen vollständig schmerzlos.

Anton Steyer, Zahntechniker,
Königstein im Taunus, Hauptstrasse 33.
Behandlung von Mitgliedern der Orts- und anderen Krankenkassen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Zuteilung von Benzol an Handwerksbetriebe.

Die Handwerkskammer in Wiesbaden ist in der Lage
die Handwerksbetriebe mit Benzol zu versorgen. Anmel-
dungen des Monatsbedarfs sind mir bis spätestens zum
2. März d. J. einzureichen. Die Handwerkskammer wird
die Benzolmengen verteilen und damit jedem Beteiligten Ge-
legenheit geben, das Benzol in Empfang zu nehmen.
Die Gemeindebehörden des Kreises ersuche ich, vor-
stehendes in ordentlicher Weise bekannt zu machen.

Königstein im Taunus, den 25. Februar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachung

Betrifft: Ernährung der werdenden Mütter, der Säug-
linge sowie der Kinder bis zu 2 Jahren.

Nach den 3. Zt. geltenden Grundsätzen des Preuß.
Staatskommissars für Volksernährung sind auf Antrag fol-
gende Lebensmittel-Zulagen zu gewähren:

1. den werdenden Müttern:
vom 6ten spätestens vom 7ten Kalendermonat der
Schwangerschaft ab:

1. eine Brotzulage von mindestens 350 gr für die Woche,
2. soweit Vollmilch zur Verfügung steht, täglich 1/2
Liter, sonst wenn möglich Magermilch oder entsprechende
Zulage in anderen, gleichwertigen Lebensmitteln,
Teigwaren, Nährmitteln und Zucker.

Der Antrag ist bei der Gemeindebehörde bezw.
dem örtlichen Lebensmittelamt zu stellen.

2. Stillenden Frauen:

für jeden Säugling 1/2 Liter Vollmilch täglich.

3. Den Säuglingen und Kindern bis zu 2 Jahren:

1. soweit sie nicht gestillt werden: 1/2 Liter Voll-
milch täglich.

2. Zucker nicht unter 30 gr und möglichst bis zu 50 gr
täglich.

3. mindestens 200 gr Weizenmehl gewöhnlicher Aus-
mahlung für die Woche.

4. an Rohmitteln mindestens 500 gr Haferflocken
oder Weizengries für den Monat.

Außerdem ist den Kindern vom Tage der Geburt
ab die volle Brot- und die halbe Fleischkarte zu gewähren.

Ferner erhalten:

a) die Kinder von 2, 3 und 4 Jahren 1/2 Liter Voll-
milch täglich.

b) Kinder von 5 und 6 Jahren 1/2 Liter täglich.

Die vorstehend unter 1—3 genannten Zulagen sind
festgelegt und müssen g. w. h. r. werden.

Weitere Zulagen für kranke Mütterinnen und
Säuglinge werden nur auf Grund eines ärztlichen Zeug-
nisses durch die kommunalärztliche Prüfungsstelle be-
willigt.

Die Herren Bürgermeister bitte ich dafür Sorge zu
tragen, daß die werdenden Mütter, die Säuglinge und
Kinder bis zu 2 Jahren auch tatsächlich regelmäßig in den
Genuss der ihnen zustehenden, vorstehend erwähnten Zu-
lagen kommen. Um Mißverständnisse bezüglich Abschnitt III
Ziffer 2 der vorstehenden Grundsätze vorzubeugen, weise ich
noch besonders darauf hin, daß es sich auch bei der Zucker-
zulage um eine Zulage handelt. Ten Säuglingen sowie
den Kindern bis zu 2 Jahren steht also neben der allgemein
festgesetzten Zuckerration noch eine Zuckerration von min-
destens 30 gr täglich zu, sodaß zusammen also 2 Zucker-
karten für diese zu gewähren sind.

Damit das Kreis-Lebensmittelamt A eine zuverlässige
Unterlage für die zu überwachende Rohstoffmenge hat, ist
regelmäßig bis zum 1. jeden Monats die Zahl der in
der Gemeinde vorhandenen Säuglinge und Kinder bis zu
2 Jahren, ohne besondere Aufforderung, zu melden.
Auf Grund dieser Meldung werden sodann auch die für die
Zucker-Zulagen erforderlichen Zuckerkarten überhandelt.

In den regelmäßig dem Kreis-Lebensmittelamt Abteilung
B einzureichenden Prot. und Zuckerkarten-Verbrauchsna-
chweisungen müssen die vorgenannten Zulagen besonders
nagewiesen werden.

Ueber alle Beschwerden entscheidet das Kreiswohlfahrts-
amt.

Königstein (Taunus), den 12. Februar 1919.
Der Landrat als Vorsitzender des Kreiswohlfahrtsamts:
Jacobs.

Betr. Saathaser.

Die Besteller von Saathaser werden gebeten, die zur
Erlangung einer Saatkarte erforderlichen Angaben bestimmt
am Samstag, den 1. März d. J., vorm. von 9—10 Uhr,
im Zimmer 3 der Bierhalle zu machen. Wer dieser Auf-
forderung nicht nachkommt, kann bei der späteren Zu-
teilung nicht berücksichtigt werden.

Bestellungen auf Saat-Erbsen und Saat-Gerste werden
am Samstag, den 1. März d. J., vormittags von 8—9 Uhr,
im Zimmer 3 der Bierhalle entgegengenommen. Die ge-
naue Anbaufläche ist anzugeben. Spätere Meldungen
können nicht berücksichtigt werden.

Königstein, den 26. Februar 1919.

Der Magistrat.

Die Ausgabe des Restes der nicht abgeholt Fleisch-
karten findet morgen Samstag vormittags von 8—10 Uhr
in der Bierhalle statt.

Königstein i. T., den 27. Februar 1919.

Der Magistrat.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am
Samstag, den 1. März d. J., gegen Abgabe des Lebens-
mittelkartenabschnittes Nr. 11 statt.

Bei dem am Samstag, den 1. März d. J. stattfindenden
Verkauf gelangen bei der Firma Schade & Küllarab hier
gleichzeitig zum Verkauf: Schaumpilse, Salz, Pfeffer,
Schmierwurst, Honighuchenpulver, Backpulver,
Vanillin-Zucker und Dörrengemüse.

Königstein i. T., den 28. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Brühl.

Bekanntmachungen für Falkenstein.

Sonntag, den 2. März, vormittags 1/9 Uhr, findet
am Offizierheim eine Kontrollversammlung aller Offi-
ziere und Mannschaften statt, welche während des Krieges
gedient haben. Ausbleiben wird bestraft. Bei Krankheits-
fällen ist ärztliches Attest auf dem Bürgermeisteramt ab-
zugeben.

Die Einwohner werden daran erinnert, daß alle Be-
sammlungen, überhaupt jede Zusammenkunft nur
mit Genehmigung des Herrn Administrateur militaire statt-
finden darf.

Genehmigungsgesuche sind mindestens 4 Tage vorher
auf dem Bürgermeisteramt einzureichen.

Wirte, welche ohne die vorgeschriebene Genehmigung
Versammlungen oder Zusammenkünfte dulden, machen sich
strafbar, eventl. kann die Wirtschaft geschlossen werden.

Alle Personen, welche hier zuziehen oder wegziehen
wollen, haben vorher die Genehmigung des Herrn Gruppenkom-
mandeurs einzuholen. Ebenso bei Transport von Möbeln.
Falkenstein, den 26. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Hasselbach.

Holzversteigerung.

Montag, den 3. März, vormittags 10 Uhr (9 Uhr frz. Zt.)
werden im Privatwalde Rittershof

10000 Buchen-Wellen

versteigert.
Sammelplatz: Ruppertsch. Waldweg (Dornauer Schulwiese).
Rittershof bei Königstein, den 24. März 1919.

Die Gutverwaltung.

Brennholz-Versteigerung.

Samstag, den 1. März d. J., vormittags 10 Uhr
(französl. Zeit), kommen im Gemeinwald Schlossborn,
Distrikt 22 Nachbarwald, 15 Renmauer und 14 Buches
zur Versteigerung:

240 m Buchen-Scheit,
4 m Eichen-Knüttel,
6000 Buchen-Wellen.

Zusammenkunft und Anfang im Distrikt 22 Nachbar-
wald am Großteiler Weg.

Schlossborn, den 24. Februar 1919.

Der Bürgermeister: Marx.

Gr. Mobiliar-Versteigerung.

Am kommenden **Donnerstag**, den 6. März 1919, vormittags **10 Uhr** anfangend und an den folgenden Tagen versteigere ich im gef. Auftrage von **Fraulein M. Gruber** in **Königstein, Villa Austria, Limburgerstrasse Nr. 23**, nachstehendes gut erhaltenes Inventar freiwillig, meistbietend gegen Barzahlung:

- mehrere **Schlafzimmereinrichtungen** mit 1 und 2 Betten (teils Kleider- und Spiegelschränke),
- Speisezimmereinrichtung**, eichen mit 12 Lederstühlen,
- Herrenzimmereinrichtung**, eichen mit prachtvoller Tuchgarnitur,
- Saloneinrichtung**, dunkel mahagoni mit Gobelinbezug.

Einzelmöbel als: einf. Betten, Waschtische, Kleiderschränke, Näh-, Spiel- und Serviertische, Büsten und Palmständer, viele Beleuchtungskörper für elektr. Licht, Garten- und Verandenmöbel, Bett- und Tischwäsche, Glas-, Porzellan- und Aufstellsachen, Teppiche und Bettvorlagen, Gardinen und Fensterdekorationen, mehrere Kelime, Perser und div. Bilder.

Besichtigung: Mittwoch, den 5. März, von 10—12 und 2—4 Uhr (franz. Zeit).

Leopold Ullmann, Auctionator, **Mainz a. Rhein.**



Freiwill. Feuerwehr Königstein im Taunus.

Sonntag, den 2. März 1919, nachmittags **1/3 Uhr**:

General-Versammlung im Gasthaus „Zum Hirsch“.

Tagesordnung:

- Jahresbericht, 2. Rassenbericht,
- Neuwahl des Vorstandes,
- Verchiedenes.

Die Kameraden werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Das Erscheinen in Uniform ist von der Militärbehörde **nicht** gestattet. **Das Kommando.**

Verloren: Anfangs November v. J. ging auf Straße Ruppertsheim bis zum Ausgang von Fischbach, der Wert von **550 Mark** auf unaufgeklärte Weise **verloren**. Der Verlust betrifft einen geringen Mann. Derselbe fordert diejenigen ehrlichen Leute auf, die von der Sache genügend Bescheid wissen, nähere Angaben zur Klärung der Sache entweder an den Verlusttragenden oder unter **G. R. S.** an den Verlag dieser Zeitung zu richten. **Entspr. Belohnung ist zugesichert.**

Spar- und Leihkasse Fischbach i. T.

Eingetr. Genossenschaft m. u. G.

Vermögensbilanz vom 31. Dez. 1918.

Aktiva.	M.
Kassenbestand Ende 1918	3 561.93
Depotkonten	257 015.07
Schuldschein-Konto	11 172.—
Wertpapiere und Kassenanleihe	101 000.—
Bausparkonten (Raff. Landesb.)	42 663.10
Wechsel-Konto	200.—
Rückständige Zinsen	5 553.09
Mobilar-Einrichtung u. Möb.	140.—
Summa	421 305.19
Passiva.	M.
Geschäftsausgaben der Genossen	4 500.—
Wöchentliche Einlage	27 919.97
Außerordentliche Einlage	378 225.99
Reservefonds	8 000.—
Spezial-Reservefonds	1 000.—
Vorausbezahlte Zinsen	181.25
Nach zurückzahlende Geschäftsausgaben	100.—
Nach zu zahlende Verwaltung	70.—
	419 997.21
Reingewinn	1 307.98
Summa	421 305.19
Gesamter Jahresumsatz	M. 314 288.—

Mitgliederbewegung:

Mitgliederzahl Ende 1917	43
Zugang	3
Abgang	1
Mitgliederzahl Ende 1918	45

Fischbach, den 23. Februar 1919.

Witten, Rechnung.

Frank, Direktor.

Prima deutscher und ewiger

Kleesamen

eingetroffen:

Julius Scheuer, Bad Soden a. T.,
Fernsprecher 12.

Tüchtige und erfahrene

**Langholzfuhrleute,
Gattersäger und
Kreissäger sucht sofort
Wilhelm Mauer, Höchst a. M.**

Zimmergeschäft, mech. Schreinerei,
— Fensterfabrik und Hobelwerk. —

St. Anna-Lyzeum der Ursulinen Königstein im Taunus

Schule und Pensionat

Das neue Semester beginnt **Mittwoch** den **23. April**.

In den unteren Schulklassen finden auch **Knaben Aufnahme**.

Anmeldungen nimmt entgegen

die Oberin.

Lehr-Kursus.

Der Buchhaltungs-Kursus beginnt **Montag**, 3. März, abends **8 Uhr** (franz. St.) im kath. Vereinshaus.

Anmeldungen werden noch bis **Montag** entgegengenommen.

Königstein.

Lehrer Kahn,

Georg Pingerstr. 1.

Geschäfts-Verlegung u. -Empfehlung.

Meiner geehrten Kundschaft sowie der werten Einwohnerschaft von Königstein u. Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich meine Wohnung von Schneidhainerweg 14 nach

Hauptstrasse 39

(Wirtschaft zum Hirsch) verlegt habe. Gleichzeitig empfehle ich mich im Neuanfertigen und Umarbeiten von Damen- u. Kinderhüten bei billigster Berechnung. Auf Wunsch werden alte Zutaten gerne mit verwendet.

Um geneigten Zuspruch bittet auch fernerhin **Frau E. Henninger**, Königstein, Hauptstr. 39.

Geschäfts-Verlegung.

Da die von mir seither inne gehaltenen Lokalitäten von der Besatzung beansprucht werden, befindet sich die von mir begründete und seither betriebene

Cigarren- und Tabakhandlung

nunmehr im Hause des Herrn **Wilh. Ohlenschläger**

Kirchgasse Nr. 10

und bitte ich auch hier um geneigten Zuspruch.

Konrad Villmer.

Königstein, den 26. Februar 1919.

Wasch- u. Reinigungs-Pasta weiß und gelb,

vorzüglich legend, das Pfund **M. 2.50**

Prima Wagenfett, erstklassige Ware, das Kilo **3.20**

Prima Schuh- u. Lederfett das Pfund **2.50**

Motoröl Ia, grünlich, das Kilo **5.25**

Cylinder- (la Sattdampf-) Maschinen-, Mineral- u. Schmieröle zu Tagespreisen

Stall- u. Wagenlaternen (Sturmlaternen) das Stück **12.00**

E. Haybucher, Chem. u. techn. Produkte, Fischbach.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in **unbeschränkter Höhe** und verzinst dieselben vom **Tage der Einzahlung** an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %.

Ferner nimmt der Vorschussverein **Darlehen** gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu **3 1/2 %** bei halbjähriger Kündigung und zu **4 %** bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Unternehmer

zur

Abfuhr von Langholz

von der Billtalhöhe nach meinem Werk in Höchst am Main, Hauptstr. 1, sucht

Wilhelm Mauer-Höchst a. M.

Zimmergeschäft, mech. Schreinerei,
Fenster-Fabrik und Hobel-Werk.

Ein williges, tüchtiges Hausmädchen,

welches später Zimmermädchenstelle hab. kann, gef. **Königsteiner Hof, Kgst.**

Ein älteres Mädchen

sucht **Frau Semmer-Senlein**, Königstein i. T., Kirchstr. 12.

Fließiges, ordentliches Mädchen:

sofort gesucht.

Zu erf. in der Geschäftsst.

Monatsfrau oder Mädchen für 2 Stunden

am Vorm. gef. Zu erf. in d. Geschäftsst.

Gedieg., ordnungsliebendes Mädchen,

welches gewissenhaft zu arbeiten versteht u. auch langj. Stelle reflektiert, findet gutes Heim. **Frau Robert Waldrich**, Münster i. Co.

Mädchen

sucht Stelle (Hausarbeit) Adressen an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

Besseres Fräulein,

das auch Liebe zu Kindern hat, sucht passende Stellung bis 15. März. Reflekt. wollen Angebote unter **K. 57** an die Geschäftsstelle d. Ztg. richten.

Braver Junge

kann das **Buchbinderhandwerk** erlernen bei **M. J. Müller**, Königstein, Limburgerstr. 1.

Tüchtiger Maschinenarbeiter

f. Abriechtblasmaschine, ferner

2 Schreiner

für bessere Möbel gesucht. **Josef Vogel** Möbelfabrik Höchst am Main.

Deutscher Schäferhund,

10 Monate alt, ist abzugeben **Gelmühlweg 19, Königstein.**

2 junge, deutsche Schäferhunde

preiswert zu verkaufen **Ant. Hirtengasse 10, Königstein.**

Reinrassige, junge Wolfschunde

sind zu verkaufen bei **Gastwirt J. Freiner**, „Schützenhof“, Schwalbach i. T.

Ein Einlegschwein

70/80 Bunt, ist zu verkauf. **Fischbach, Ruppertsb. Str. 24.**

Ein guterhaltener Herd

zu kaufen gesucht **Ob. Hirtengasse 10, Königst.**

Bebr. Herd

zu verkaufen **Cheressenstraße 9, Königst.**

Ein fast neuer Kinderwagen

zu verkaufen **Kelkheim, Wilbelmstraße 24.**

Ein neuer, mittelmäßiger Kasten-Wagen:

zu verkaufen bei **Schmiedemeister Jos. W. 3r**, Oberreifenberg.

2 Paar Schafstiefel (Größe 29 u. 31)

1 Paar neue zu verkaufen **Fischbach i. T., Langestr. 42.**

Reithosen

zu verkaufen **Fischbach i. T., Langestr. 42.**

Trauer-Drucksachen

durch **Druckerei Altmöhl**

Möbl. Zimmer,

inmitten der Stadt, zu vermieten. Angeb. unter **K. 81** an die Geschäftsst. d. Zeitung

4-Zimmer-Wohnung

mit Küche und Zubehör im freistehenden Wohnhaus vom 1. April d. J. ab an ruhige Familie zu vermieten. Zu erf. in der Geschäftsst.

Eine 3-4 Zimmer-Wohnung

eventl. auch kleine Villa mit Gartenland für dauernd. Aufenthalt in Königstein zu mieten gesucht.

Angebote mit Preis-Angabe u. **H. J.** an die Geschäftsstelle.

Villa,

acht Zimmer, 2 Veranden, 4 Mansarden, Bad, elektr. Licht, schön. Gart., ruh. Lage nahe d. Walde, ab 1. April zu verkaufen oder zu vermieten. Gefl. Angebote unter **K. 12** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Hausorgel m. 20 Musikplatten Kopierpresse, Stuhlschliffen, Wanduhr, Bilder

billig zu verkaufen oder gegen Lebensmittel oder Brennmaterial zu vertauschen **Schnell. Weg 14 a part., Kgst.**

Im Auftrag des Gärtners Burr-Mederhöchst verkaufe ich prima

: Speisezwiebeln:

pro Bund 60 Pfennig.

Martin Burkart,
Gerichtstraße 3, Königstein.

Steckzwiebeln

zu verkaufen. Bld. 1.20 M.

Gärtner Karl Reißheit,
Niederhöchststadt i. Taunus.

Tapeten

in reicher Auswahl und sehr guter Qualität empfehle auf Lager

Martin Keutner, Tapezierer, Königstein i. T.

Reiner Tabak

eingetroffen

Jean Müller,
Kelkheim im Taunus.

Schlafzimm.-Einrichtung

zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter **E. M. 221** an die Geschäftsst. d. Ztg.

ICH KAUFE

alle Möbel- u. Haushaltsgegenstände, auch reparaturbedürftige und solche die nicht mehr zu reparieren sind **Josef Bauhofer**, Kollenstein.

Neu angekommen:

Kuh- u. Ziegen-Zentrifugen (System Lanz-Mannheim) erstklassige Ware

Zugketten- und -Täue

Stirnloch- und Halsriemen für Kühe

Stöcke, Pfeifen, Spielwaren, Nickel-Uhrketten, Brieftaschen und Portemonnaies usw.

L. Lanz, Sattlermeister,
Eppstein, Hauptstr. 35.

Billige Schürzen

Büchenschürze, blau, M. 5.80;

Grauenwirtschaftsschürze, elegant, M. 9.50, bedruckt M. 12.50; **Damenhausschürze**, sehr elegant, M. 13.—; **Arbeitschürze**, 70 : 75, blau M. 5.—; **Gändelschürze**, schwarz, sehr vornehm, M. 11.20; **Kleiderschürze** mit Ärmeln, sehr schön, M. 14.—; **Kinderschürzen** für Knaben u. Mädchen, von den einfachsten bis zu den elegantesten, von M. 2.— bis M. 22.10; **Männerschürzen**, blau u. grün, M. 6.25. Bei Abnahme v. 3 St. der. Sorte 5 % Rabatt.

August Rettig, Dessau C 302
Abt. Textilwaren — Zellstoffs.